



Jahresbericht 2013

Abteilung für Sozialpolitik und Gesundheit

Sozialpolitik & Gesundheit

2013 - leichter Aufschwung, weiterhin schwierige Bedingungen



2

Im Jahr 2013 wuchs die heimische Wirtschaft nur mäßig. Das BIP stieg mit real +0,3% am schwächsten seit der Krise 2008/2009. Dennoch hob sich Österreich damit vom Euro-Raum ab, der insgesamt eine Rezession zu verzeichnen hatte.

Von Extremen gekennzeichnet war der österreichische Arbeitsmarkt. Trotzdem Österreich im Europäischen Vergleich noch immer die Spitzenposition mit der niedrigsten Arbeitslosenrate hat, stieg die heimische Arbeitslosigkeit auf ein Allzeithoch. Daran konnte auch der Umstand nichts ändern, dass es 2013 so viel Beschäftigung wie noch nie zuvor in Österreich gab. Insgesamt stieg die Zahl der Beschäftigten auf 3,48 Millionen Menschen.

Vor dem Hintergrund einer schwach steigenden Wirtschaft und einer hohen Arbeitslosigkeit fanden im Herbst Nationalratswahlen und anschließend Regierungsverhandlungen zwischen ÖVP und SPÖ statt. Die Abteilung Sozialpolitik konnte sich in diese Verhandlungen einbringen und einige Forderungen, wie etwa eine Flexibilisierung der Arbeitszeit, Erleichterungen in arbeitsrechtlichen Aufzeichnungspflichten und Vereinfachungen in der Lohnverrechnung, durchsetzen. Dennoch haben wir uns zur Stärkung der Österreichischen Wirtschaft und der heimischen Unternehmen mehr gewünscht. Jetzt gilt es jedenfalls diese Basis des Regierungsübereinkommens zu nutzen und hart zu arbeiten, um möglichst viele Maßnahmen im Sinne der österreichischen Unternehmer umzusetzen.

Bei den größten sozialpolitischen Budgetposten Pensionen und Gesundheit sind Reformschritte schon länger unterwegs. Im Bereich Pensionen positiv zu vermerken sind vor allem die Umstellung auf das Pensionskonto sowie die Umsetzung des Grundsatzes Rehabilitieren und Integrieren statt Pensionieren durch die Abschaffung der befristeten Invaliditätspension. Aus meiner Sicht ist das aber noch zu wenig. So ist es im Jahr 2013 wieder nicht gelungen das faktische Pensionsantrittsalter signifikant zu heben. Lediglich um 0,1 Jahre stieg das Pensionsantrittsalter 2013 - in diesem Zeitraum stieg die Lebenserwartung aber um 0,2 bis 0,3 Jahre. Im Gesundheitsbereich ist mit der Gesundheitsreform die Grundlage für mehr Qualität und Effizienz im Gesundheitswesen geschaffen worden. Die Wirtschaftskammer unterstützt diesen Schritt. Nun gilt es aber dran zu bleiben, dass die Reform auch konsequent umgesetzt wird.

Nach dem Motto „den Mitgliedern verpflichtet“ wird sich unsere Abteilung verstärkt durch unser Netzwerk in den Ministerien und Kabinetten auch 2014 mit voller Motivation zugunsten der heimischen Unternehmer einsetzen.

Dr. Martin Gleitsmann
Abteilungsleiter

Arbeitsmarkt und Soziales

Referenten: Mag. Gabriele Straßegger, Mag. Anna-Katharina Huber,
Mag. Maria Kaun



3

Die Wirtschaftskammer und ihre Vertreter wirken wesentlich an der österreichischen Arbeitsmarktpolitik mit. Die Abteilung für Sozialpolitik stellt die Vertreter der WKÖ in den Gremien des Arbeitsmarktservice, nämlich im Verwaltungsrat, Strategieausschuss, Förderausschuss, Ausländerausschuss, Kontrollausschuss sowie in zahlreichen weiteren Ausschüssen und Arbeitsgruppen im Arbeitsmarktbereich.

Weiterentwicklung der Arbeitsmarktpolitik

Die Arbeitsmarktpolitik entwickelte sich 2013 nach den Turbulenzen 2009 und dem konjunkturellen Aufschwung 2010 und 2011 wechselhaft dynamisch. Noch nie zuvor hat es so viele Arbeitsplätze gegeben. Das steigende Arbeitskräfteangebot (+43.000) konnte einen Anstieg der Arbeitslosigkeit allerdings nicht verhindern.

Das AMS hat durch die Komplexität des Arbeitsmarktes und der Übertragung neuer wichtiger Aufgaben neue Zielgruppen und Kompetenzen hinzu bekommen. Neben der raschen Vermittlung und dem Anbieten von Qualifizierungsmaßnahmen stand die Gestaltung und Weiterentwicklung der AMS-Dienstleistungen im Vordergrund.

Im Juni 2013 beschloss der AMS-Verwaltungsrat die arbeitsmarktpolitischen Ziele für 2014. Einer langjährigen Forderung der Wirtschaft entsprechend werden die Output-Ziele (Ziele zur Arbeitsaufnahme) wesentlich stärker gewichtet. Die Arbeitsaufnahme von Männern steht bereits als dem Alter von 45 (bisher 50) im Fokus, die Arbeitsaufnahme von Wiedereinsteigerinnen wird ein eigenes Ziel. Einer langjährigen Forderung der WKÖ entsprechend werden Personen mit Migrationshintergrund erstmals in die Jahresziele aufgenommen.

Im Zuge der im zweiten Halbjahr 2013 aufgeflammtten Personaldiskussion am AMS spricht sich die Arbeitgeberkurie für die Einführung eines edv-unterstützten strategischen Auslastungscontrollings im AMS, sowie für eine externe Überprüfung der AMS Personalbedarfsrechnung aus.

Jugendarbeitslosigkeit und Jugendbeschäftigung in Europa

Auch 2013 war die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ein Topthema der österreichischen Arbeitsmarktpolitik. In Punkto Jugendarbeitslosigkeit steht Österreich mit der zweitniedrigsten Jugendarbeitslosenquote (November 2013) im europäischen Vergleich gut da. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung nahmen sich die Sozialpartner im Bad Ischler Dialog 2013 des Themas „Perspektiven für die Jugend“ an.

Jugendbeschäftigung in Europa

Im Juni 2013 wurde der Aktionsplan zu Jugendbeschäftigung der europäischen Sozialpartner angenommen. Die WKÖ war in die Verhandlungen auf europäischer Ebene eingebunden.

Veranstaltungen

Bad Ischler Dialog 2013: 16.9. Bad Ischl: „Perspektiven für die Jugend“

Dokumentation auf www.sozialpartner.at

Weiterentwicklung der Arbeitsmarktförderungen

Die Neu- und Weiterentwicklung der Arbeitsmarktinstrumente stand im AMS-Verwaltungsrat im gesamten Jahr 2013 auf seiner Agenda.

Im ersten Quartal 2013 beschloss der Verwaltungsrat die Richtlinie zum Fachkräftestipendium. Auf Betrieben der Arbeitgeberkurie (WKÖ, IV) ist die Auszahlung des Fachkräftestipendiums an einen Erfolgsnachweis (positives Zeugnis) gebunden. Es ist positiv, dass das Fachkräftestipendium auch Gewerbetreibenden, die ihr Gewerbe ruhend melden, offen steht.

Im Sommer 2013 beschloss der Verwaltungsrat, dass die Eingliederungsbeihilfe ab 2014 arbeitslos gewordenen Männern bereits ab dem 45. Lebensjahr zur Unterstützung der Arbeitsaufnahme offen steht.

2013 hat sich der Verwaltungsrat auf ein **neues Kombilohnmodell** geeinigt. Das Instrument, das voraussichtlich im Sommer 2014 in Kraft treten wird, wird sich speziell auch an Personen nach einer REHA sowie mit gesundheitlichen Einschränkungen richten. Die Kombilohnbeihilfe wird ein Nettogesamteinkommen von 30% über dem Leistungsbezug (Arbeitslosengeld/Notstandshilfe) sichern und die Differenz zwischen dem Entgelt und dem Leistungsbezug plus 30%, maximal 950 Euro, betragen. Es ist erfreulich, dass das neue Kombilohnmodell nunmehr unbefristet in Kraft treten wird. Die bisherigen Modelle waren jeweils nur befristet in Kraft.

Die **Beihilfe für Ein-Personen-Unternehmen**, die EPU's für die Dauer von bis zu einem Jahr erhalten, wenn sie ihren ersten Mitarbeiter einstellen war bis Ende 2013 befristet und wurde auf Betreiben der WKÖ nun unbefristet verlängert.

Der Europäische Sozialfonds (ESF)

Die Vorarbeiten für die neue ESF-Periode 2014-2020 waren 2013 voll im Gang. Es ist erfreulich, dass der seit Sommer 2013 vorliegende Entwurf zum Operationellen Programm des ESF weiterhin einen Schwerpunkt auf die Förderung der Beschäftigung der Arbeitskräfte legt und in diesem Zusammenhang angedacht ist, Betriebe Unterstützungsleistungen anzubieten.

Die neue Verwaltungsgerichtsbarkeit ab 2014 - 260 Laienrichter nominiert!

Nach dem Modell „9+2“ werden ab 1.1.2014 auf Bundesebene das Bundesverwaltungsgericht und Bundesfinanzgericht und in jedem Land ein Landesverwaltungsgericht eingerichtet werden. Die in den jeweiligen Materiengesetzen bereits bisher vorgesehenen Mitwirkungsmöglichkeiten der gesetzlichen Interessenvertretungen an den Entscheidungen werden beibehalten und an die neue zweistufige Verwaltungsgerichtsbarkeit angepasst. Die WKÖ nominiert im Bereich der Sozialpolitik und Gesundheit für das Bundesverwaltungsgericht 1. Instanz 260 Laienrichter für folgende Materien: Arbeitslosenversicherung, Ausländerbeschäftigung, ASVG, Behinderteneinstellungsgesetz

Armutsbekämpfung, Sozialhilfe

Das Thema „Soziale Eingliederung und Armutsbekämpfung“ fand Eingang in die Europäische Beschäftigungspolitik und in die EU 2020-Ziele. Aus WKÖ-Sicht soll dieses Ziel durch eine gezielte Integration der von Armut Betroffenen in Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt erreicht werden.

Die vom BMASK eingesetzte Arbeitsgruppe zur bedarfsorientierten Mindestsicherung tagte 2013 das dritte Mal. Wie auch von der WKÖ gefordert, soll der Arbeitsmarkterfolg der Mindestsicherungsbezieher künftig danach analysiert werden, ob eine Integration in den ersten oder zweiten Arbeitsmarkt erfolgt ist.

Arbeit und Alter

2013 plante und konkretisierte die Initiative Arbeit und Alter die Erstellung einer Toolbox für alternsgerechtes Arbeiten auf betrieblicher Ebene. Für die Zielgruppe der Klein- und Mittelbetriebe sollen Lösungen, die sich in der Praxis bewährt haben, aufgezeigt werden.

Veranstaltungen

18. April 2013, Eisenstadt „Arbeitswelt alternsgerecht gestalten! Trends, Herausforderungen, Perspektiven“ Dokumentation auf www.arbeitundalter.at

Mitwirkung am Gütesiegel Nestor Gold des BMASK: Mitglied im Zertifizierungsbeirat des BMASK, Teilnahme an Vernetzungstreffen. Dokumentation auf www.nestor.at

Publikationen

Straßegger, Das Fachkräftestipendium, taxlex 7/2013

Straßegger, Änderungen bei der Eingliederungsbeihilfe, beim Kombilohn und bei der Einstellung des ersten Mitarbeiters 2014, taxlex 12/2013

Migration und Integration

Referenten: MMag. Margit Kreuzhuber, Mag Julia Hasenöhrl

Die Rot-Weiß-Rot-Karte

Fachkräfteverordnung 2014 erfolgreich verhandelt

Es ist gelungen, trotz der angespannten Arbeitsmarktlage alle für einen Mangelberuf in Betracht kommenden Berufe (Stellenandrang max. 1,5) in die Fachkräfteverordnung 2014 aufzunehmen.



5

Insgesamt konnten 16 Mangelberufe in die Liste aufgenommen werden; damit erhalten Fachkräfte aus Nicht-EU-Ländern in diesen Mangelberufen unter erleichterten Voraussetzungen die Rot-Weiß-Rot-Karte.

Verfahrensrechtliche Anpassungen

Auf massives Betreiben der WKÖ konnten folgende verfahrensrechtliche Erleichterungen zur Rot-Weiß-Rot-Karte umgesetzt werden: seit dem Frühjahr können auch Arbeitgeber den Antrag auf Erteilung einer Rot-Weiß-Rot-Karte bei der zuständigen Behörde einbringen. Auch können besonders Hochqualifizierte künftig direkt aus dem Ausland eine Rot-Weiß-Rot-Karte beantragen und müssen nicht zuvor ein jobseeker-Visum vorschalten.

Gesamtstrategie für qualifizierte Zuwanderung im Regierungsprogramm

Darüber hinaus ist es gelungen, im Regierungsprogramm eine Gesamtstrategie für qualifizierte Zuwanderung zu verankern, die insbesondere folgende Eckpunkte umfasst: Arbeitsmarkt-Monitoring, Herkunftsländer-Monitoring, Evaluierung und Weiterentwicklung der Rot-Weiß-Rot - Karte, Außenauftritt, Willkommenskultur, EU-Mobilität, Arbeitsmarktintegration, Migrationsmanagement.

Mentoring für MigrantInnen - eine Erfolgsgeschichte



Im Rahmen des Programms Mentoring für MigrantInnen (wko.at/mentoring), das auf Initiative der Wirtschaftskammer gemeinsam mit den Projektpartnern Österreichischer Integrationsfonds und Arbeitsmarktservice durchgeführt wird, unterstützen Unternehmer und Führungskräfte aus der Wirtschaft

(Mentoren) qualifizierte MigrantInnen bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Damit soll auch die Internationalisierung der heimischen Wirtschaft gefördert werden. Mentoring für MigrantInnen wird finanziell durch die Internationalisierungsoffensive „go international“ unterstützt.



Mentoring für MigrantInnen feierte im Jahr 2013 das 5-Jahres-Jubiläum, österreichweit konnten mittlerweile mehr als 1.000 Mentoringpaare gebildet werden. Das Programm Mentoring für MigrantInnen gilt als Best-Practice-Beispiel und stößt zunehmend auf internationales Interesse.

Ethnische Ökonomien

Nachdem dem Bereich Migration und Integration im Herbst 2013 die Koordinierungsfunktion hinsichtlich Mitglieder mit Migrationshintergrund (Ethnische Ökonomien, EÖ) übertragen wurde, wurden auch in diesem neuen Feld erste Schritte gesetzt. Basierend auf einem Auftrag des Managementkreises wurde gemeinsam mit den Integrationsbeauftragten der Landeskammern ein Konzept für die Erarbeitung von Serviceprodukten für EÖ entwickelt. Das Angebot an mehrsprachigen Unterlagen wird erweitert, zudem soll künftig ein Servicebutton auf wko.at eingerichtet werden, der direkt zum Angebot an mehrsprachigen Informationsmaterialien führt. In Hinblick auf die Erarbeitung einer Strategie für die gezieltere Betreuung von EÖ innerhalb der WKÖ wird zunächst der Schwerpunkt auf eine möglichst detaillierte Analyse dieser Mitgliedergruppe gelegt.

Veranstaltung Karrierechance Österreich

6

Mit der durch die Internationalisierungsoffensive „go-international“ geförderten Veranstaltung „Karrierechance Österreich - Internationale Talente für unsere Wirtschaft“ (19.3.2013, WKÖ Sky Lounge) setzte die die Wirtschaftskammer Österreich eine aktive Maßnahme, um dem Fachkräftemangel gerade im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) entgegenzuwirken:



Bei der Abendveranstaltung, die von WKÖ Präsident Dr. Leitl, Univ.Prof. Dr. Moser (Vizekanzler der Montanuniversität Leoben) und Staatssekretär Kurz eröffnet wurde, wurde der Arbeitsstandort Österreich sowie die Zuwanderungsmöglichkeiten im Rahmen der Rot-Weiß-Rot - Karte unter internationalen MINT-Studierenden beworben und diese mit österreichischen Unternehmen zusammengeführt. Österreichische Top-Unternehmen bekamen die Möglichkeit, ihr Unternehmen internationalen High Potentials vorzustellen und in entspannter Atmosphäre Kontakt mit potentiellen zukünftigen Mitarbeitern zu knüpfen.

Bei dieser Gelegenheit wurde auch erstmals die neue Rubrik „Arbeiten in Österreich“-Seite auf [advantageaustria \(www.advantageaustria.org/zuwanderung\)](http://www.advantageaustria.org/zuwanderung), in der auf 28 Sprachen über das Leben und Arbeiten in Österreich informiert wird, dem Publikum und der Medienöffentlichkeit vorgestellt.

Europe on the move

Bei der zweitägigen europäischen Konferenz „Europe on the move - Participation and Integration of EU-citizens“ am 7. und 8. Mai 2013, die vom BMI u.a. in Kooperation mit WKÖ, ÖIF und IOM veranstaltet und von Staatssekretär Sebastian Kurz und WKÖ-Vizepräsidentin Renate Römer eröffnet wurde, diskutierten Expertinnen und Experten aus allen EU-Ländern über weitere Möglichkeiten, wie die Vorteile der EU-Freizügigkeit für alle maximiert werden können. Der Fokus lag im Speziellen auf den Themen Willkommenskultur bzw. Integration vom Anfang an, der Beitrag von Unternehmen im Integrationsprozess und der Anerkennung von im Ausland erworbenen Fähigkeiten.



Während des site visits am 7.5.2013 bei der Firma UnitCargo wurde seitens der WKÖ und der WKW das Programm „Mentoring für MigrantInnen“ als ein Best-Practice-Beispiel eines Beitrags von Unternehmen im Integrationsprozess vorgestellt.

Veranstaltung Migration und Gesundheit



In Österreich leben etwa 1,6 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Informationsbedingte, kulturelle und kommunikative Barrieren führen zu Unter-, Über- und Fehlversorgungen von Migranten und zu Hemmschwellen medizinische oder pflegerische Angebote in Anspruch zu nehmen. Dies hat negative Auswirkungen auf ihren Gesundheitszustand und verursacht überdies erhebliche Mehrkosten für das österreichische Gesundheits- und Sozialsystem.

Zu dieser Thematik diskutierten am 25.9.2013 im Gesundheitspolitischen Forum Dr. Ursula

Trummer (Center for Health and Migration), Dr. Sigrid Pilz (Wiener Pflege-, Patientinnen- und Patientenrechtsanwaltschaft), Mag. Peter McDonald (Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft), Dr. Türkan Akkaya-Kalayci (FA für Psychiatrie und Psychotherapeutische Medizin) und Dr. Martin Gleitsmann (Wirtschaftskammer Österreich).

Kamingespräch WKÖ-Präsident Leitl und Staatssekretär Kurz beim Forum Alpbach

In einem Kamingespräch am 19.8.2013 beim Forum Alpbach diskutierten Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz und WKÖ-Präsident Christoph Leitl über Strategien, wie Österreich für ausländische Fachkräfte noch attraktiver werden könnte. Dabei waren der internationale Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte, Voraussetzungen für einen attraktiven Wirtschafts- und Arbeitsstandort, die Etablierung einer Willkommens- und Betreuungskultur an Österreichs Behörden und Universitäten und die Weiterentwicklung der Rot-Weiß-Rot - Karte unter anderem Gegenstand des Gesprächs.



Am Kamingespräch beteiligten sich auch zahlreiche nationale und internationale Studierende, die ihre Sicht der Dinge darlegten und ihre Fragen und Problemstellungen an das Podium stellten. Es kam zu einem regen Austausch, bei dem gerade das Potenzial der ausländischen Studierenden hervorgehoben und dessen besseren Nutzung für die österreichische Wirtschaft unterstrichen wurde.

Öffentlichkeitsarbeit

Folder zur Rot-Weiß-Rot - Karte (Kooperation Marketingabteilung)

Arbeitgeberfolder

Arbeitnehmerfolder auf Deutsch, Englisch und Serbisch



Etablierung des channels „working in Austria“ auf

www.advantageaustria.org

Information auf 28 Sprachen über Leben und Arbeiten in Österreich, sowie über die Rot-Weiß-Rot - Karte (Kooperation Außenwirtschaft Austria)

Folder „Vielfalt in Unternehmen“ (Kooperation mit Landeskammern)

Österreichweite Best-Practice Beispiele von Unternehmen zum Thema Interkulturelle Kompetenz, Sprachförderung, internationale Rekrutierung und Willkommensaktivitäten



Relaunch wko.at/migration

Auftritt der WKÖ im Bereich Migration und Integration

Internationale Positionierung

Die Wirtschaftskammer Österreich konnte auch auf internationaler Ebene verstärkt als wichtiger Player im Bereich Migration und Integration positioniert werden. Die Beauftragte für Migration und Integration der WKÖ wurde ua zu folgenden Veranstaltungen als speaker eingeladen:

- Cross Cultural Mentoring für KMU (3.5.2013, Berlin) - *Mentoring für MigrantInnen - Praxisbericht aus Österreich*
- IGC - Immigration working group (6./7.3.2013, London) - *Labour migration partnerships with employers*
- Pan-European Conference (18./19.4.2013, Malta) - *Mentoring for migrants - the Austrian experience*
- Seminar Rot-Weiß-Rot - Karte (23./24.4.2013, Sarajevo) - *Arbeitsmigration und Rot-Weiß-Rot - Karte*
- Prague Process (10./11.10.2013, Tiflis) - *The economic significance of labour migration*

Arbeitsrecht, Familie & Gleichbehandlung

Referenten: Mag. Dr. Gleißner, Mag. Pia-Maria Rosner-Scheibengraf, Dr. Ingomar Stupar

8

Auch in diesem großen Bereich ist die Wirtschaftskammer über die Abteilung für Sozialpolitik in zahlreichen Gremien vertreten, etwa in der Gleichbehandlungskommission, dem Arbeitnehmerschutzbeirat und im Bundesbehindertenbeirat. Die Abteilung war 2013 maßgeblich involviert in die Regierungsverhandlungen, Arbeitsgruppe Wachstum und Beschäftigung, insbesondere zu den Kapiteln Arbeitsmarkt und Arbeitsrecht.

Entgeltfortzahlung bei Katastrophen

Infolge des Hochwassers im Juni 2013 wurde eine massive Ausweitung der Entgeltfortzahlung für Arbeiter gefordert. Ergebnis: Der Anspruch der Arbeiter auf Entgeltfortzahlung wird maßvoll ausgeweitet und besteht nun jedenfalls, wenn der Arbeiter persönlich von der Katastrophe betroffen und so am Dienst verhindert ist.

Gleichzeitig setzte die Wirtschaft eine Entlastung durch: Kosten der Entgeltfortzahlung für Arbeitnehmer, die im Katastropheneinsatz verunfallen, werden in Zukunft den Betrieben erstattet.

Pflegekarenz oder eine Pflegezeit

Es wurde die Einführung eines wirtschaftsverträglichen Modells für die Pflege naher Angehöriger verhandelt. Die Dauer beträgt höchstens 3 Monate. Während dieser Zeit erhält der Arbeitnehmer Pflegekarenzgeld bzw. Pflegezeitgeld als Einkommensersatz. Pflegekarenz bzw. Pflegezeit sind mit dem Arbeitgeber zu vereinbaren. Der noch im Regierungsprogramm vorgesehene Rechtsanspruch konnte erfolgreich herausverhandelt werden.

Bildungskarenz, Bildungsteilzeit

Schon 2009 hat die Wirtschaft die Flexibilisierung der Bildungskarenz durch Einführung einer Bildungsteilzeit gefordert. Während bei Bildungskarenz die Arbeitsleistung gänzlich ruht, wird sie bei Bildungsteilzeit nur reduziert, in der ausfallenden Arbeitszeit wird eine Ausbildung absolviert. Die Bildungsteilzeit ist mit 1. Juli 2013 in Kraft getreten.

Gleichbehandlung

Auch 2013 wurde noch wegen der Novelle des Gleichbehandlungsgesetzes verhandelt. Dabei konnte erreicht werden, dass trotz Entfalls des Diskriminierungsschutzes beim Zugang und der Versorgung mit öffentlich zugänglichen Gütern und Dienstleistungen (sog. Levelling-up) keine für die Wirtschaft belastenden Zugeständnisse gemacht werden mussten.

Weitere über die Gleichbehandlungsnovelle hinausgehende Verschärfungen bei Einkommensberichten und Stelleninseraten konnten abgewehrt werden.

Vereinbarkeit Beruf und Familie

- Verdoppelung des Wochengeldes auf 50 Euro pro Tag
- Keine SVA-Beiträge während des Bezuges von Wochengeld
- Ausnahme von der Pflichtversicherung bei geringfügiger Erwerbstätigkeit neben Kinderbetreuungsgeldbezug und für die Dauer der Kindererziehung bis zu vier Jahren

In einer Sozialpartnerarbeitsgruppe wurden Modelle der Teilarbeitsfähigkeit erarbeitet. Derzeit kann ein Arbeitnehmer vom Arzt nur zur Gänze arbeitsunfähig oder arbeitsfähig geschrieben werden.

Arbeitnehmerschutz

ArbeitnehmerInnenschutzgesetz

Die mit BGBl. I Nr. 118/2012 erfolgte Änderung des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes zielt auf die verstärkte Prävention von psychischen Belastungen und Gefährdungen am Arbeitsplatz,

die zu Fehlbeanspruchungen führen, ab. Die Bestimmungen legen fest, dass im Rahmen der Gefahrenbeurteilung auch Gefahren ermittelt werden müssen, die zu psychischen Fehlbelastungen führen können, z. B. im Hinblick auf die Arbeitsabläufe oder die Arbeitsorganisation. Daran anschließend müssen entsprechende Maßnahmen zur Vermeidung oder Reduktion dieser Belastungen gesetzt werden.

Verordnungen

Mit 11. Mai 2013 trat die Nadelstichverordnung in Kraft (BGBl. II Nr. 16/2013). Sie setzt die EU-Richtlinie 2010/32/EU zur Vermeidung von Verletzungen durch scharfe/spitze Instrumente im Krankenhaus- und Gesundheitssektor um.

VO über arbeitsmedizinische Zentren (AMZ-VO)
BGBl. II Nr. 210/2013 (am 1.8.2013 in Kraft getreten)

VO über sicherheitstechnische Zentren (STZ-VO)
BGBl. II Nr. 210/2013 (am 1.8.2013 in Kraft getreten)

VO über die Persönliche Schutzausrüstung

Die Sozialpartnerverhandlungen zur Verordnung Persönliche Schutzausrüstung sind abgeschlossen; die Verordnung wird demnächst in Kraft treten.

Behinderte Menschen - Veranstaltungen

- Unter dem Motto Zukunftschancen für Jugendliche mit Einschränkungen bekamen vom NEBA Netzwerk Berufliche Assistenz betreute Jugendliche während fünf Wochen in den Monaten Juni und Juli bei dieser Aktion die Chance, einen Tag lang in Unternehmen verschiedenster Branchen ihre Fähigkeiten und Talente zu zeigen. Insgesamt gab es durch eine starke Beteiligung der Wirtschaft 650 Schnuppertage in 129 Betrieben mit insgesamt 221 Filialen.
- Bei der Fachtagung Wirtschaft ohne Handicap - Disability als Erfolgsfaktor wurde über die bedeutende Zielgruppe von Menschen mit Behinderung als großes Potenzial für Unternehmen, sowohl als KundInnen als auch als MitarbeiterInnen informiert und mit ExpertInnen aus Österreich und Großbritannien diskutiert.
- Bereits zum zweiten Mal fand das Diskussionsforum „Beschäftigungschancen von Menschen mit Behinderung“ unter der Leitung der Sozialpartnerinitiative www.arbeitundbehinderung.at statt. Im Rahmen eines World Cafés tauschten sich UnternehmensvertreterInnen, Behindertenvertrauenspersonen und VertreterInnen aus dem Bereich der Integration von Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt aus.

Pressekonferenzen:

6. März 2013 mit Bundessozialamt und dem Netzwerk berufliche Assistenz

ZAS-Tag 23.10.2013 zum Schwerpunkt Ältere Arbeitnehmer: Wie schon in den vergangenen Jahren fand auch 2013 in Kooperation mit dem Manz-Verlag ein Update zum Arbeits- und Sozialrecht des Jahres in einem Tag statt. Neben der aktuellen Judikatur und Gesetzgebung befasste sich das Seminar u.a. mit der Gleichbehandlung älterer Arbeitnehmer, der Beendigung und Begründung von Dienstverhältnissen und gab Tipps zur Gesunderhaltung.



Publikationen:

Die Einstellung macht's - Tipps und Informationen für Unternehmen zum Behindertengleichstellungsrecht, 4. aktualisierte Auflage 2013

Gleißner, Keine einzelvertragliche Mehrarbeits-Durchrechnung von mehr als drei Monaten, ZAS 6/2013

Gleißner, Verbot von Vermittlungsprovision für die Übernahme einer überlassenen Arbeitskraft, ZAS 1/2013

Stupar, EuGH: (Nicht-)Anrechnung von Vordienstzeiten bei anderen AG ist keine Altersdiskriminierung, ZAS 2/2013

Sozialversicherung & Pensionen

Referenten: Dr. Martina Rosenmayr-Khoshideh, Mag. Martin Kircher, Dr. Klaus Kapuy

10

Die Wirtschaftskammer und ihre Vertreter wirken in dem Bereich auf verschiedenen Ebenen wesentlich mit. So stellt die Abteilung für Sozialpolitik Vertreter der Selbstverwaltung auf Arbeitgeberseite in verschiedenen Sozialversicherungsträgern (Hauptverband, PVA, SVA, AUVA) und in der Pensionskommission.

Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2012 - SVÄG 2012

Zur Verbesserung der sozialen Absicherung für den Fall der Mutterschaft wurde das tägliche Wochengeld für Selbständige von 26,97 Euro mit Wirksamkeit 1.1.2013 auf 50 Euro angehoben. Für das Jahr 2014 beträgt das tägliche Wochengeld 51,10 Euro. Wochengeld gebührt grundsätzlich ab der achten Woche vor der voraussichtlichen Entbindung, für den Tag der Entbindung sowie für die ersten acht Wochen nach der tatsächlichen Entbindung. Die Acht-Wochen-Frist kann sich verkürzen oder verlängern, wenn die Entbindung zu einem anderen als dem vom Arzt berechneten Zeitpunkt erfolgt.

Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2013 - SVÄG 2013

Das Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2013 - SVÄG 2013 führt einerseits zu einer wesentlich besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, indem sich Unternehmerinnen während des Wochengeldbezugs bei ruhender Erwerbstätigkeit von Sozialversicherungsbeiträgen befreien lassen. Der Krankenversicherungsschutz bleibt dabei voll gewahrt. Weiters haben Bezieher von Kinderbetreuungsgeld künftig die Möglichkeit, bei geringfügiger Erwerbstätigkeit auf Antrag von der Pflichtversicherung ausgenommen zu werden. Wenn geringe Umsätze (max. 30.000,- Euro jährlich) erzielt werden, entfallen damit die Sozialversicherungsbeiträge. Damit wird es wieder ein Stück leichter, Kind und Karriere unter einen Hut zu bringen.

Andererseits brachte das SVÄG 2013 spürbare finanzielle Entlastungen für JungunternehmerInnen. Nach dem dritten Jahr der Gründung können sie - statt Nachzahlungen in vier Teilbeträgen innerhalb eines Jahres leisten zu müssen - einen zinsfreien Aufschub beantragen und Versicherungsnachzahlungen in 12 Teilbeträgen innerhalb von maximal drei Jahren leisten. Diese gesetzlichen Besserstellungen traten mit 1.7.2013 in Kraft. In existenzbedrohenden Fällen kann die SVA ab 1.1.2014 befristet bis 31.12.2014 für einige Monate eine Überbrückungshilfe in Höhe von 50 Prozent der vorgeschriebenen Beiträge leisten.

2. Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2013 - 2. SVÄG 2013

Mit dem 2. SVÄG 2013 wurde eine weitere Maßnahme zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen. Die mit dem SVÄG 2013 geschaffene Möglichkeit für Selbständige, sich unter bestimmten Voraussetzungen während des Bezugs von Kinderbetreuungsgeld von der GSVG-Pflichtversicherung befreien zu lassen, wurde mit Wirksamkeit 1.7.2013 auf maximal vier Jahre pro Kind erweitert.

Arbeitsrechts-Änderungsgesetz 2013 - ARÄG 2013

Eine langjährige Forderung vieler Selbständiger nach Wahlfreiheit bei der betrieblichen Selbständigenvorsorge (= „Abfertigung neu“ für Selbständige; 1,53% des Einkommens) konnte mit dem ARÄG 2013 umgesetzt werden. Selbständige, die zum 1.1.2014 eine Eigenpension beziehen, können von 1.1. bis 31.12.2014 gegenüber der SVA schriftlich erklären, keine Beiträge zur betrieblichen Selbständigenvorsorge mehr zu leisten. Sie können aber danach über den angesparten Betrag verfügen.

Für Selbständige, die mit 1.1.2014 noch keine Eigenpension beziehen, endet die Pflicht, in die betriebliche Selbständigenvorsorge einzuzahlen, mit dem erstmaligen Bezug der Eigenpension. Sie können binnen einem Monat in die Vorsorge hineinoptieren.

Beschluss der Trägerkonferenz - Mehr Rechtssicherheit für Selbstständige

Im Zuge von Betriebsprüfungen kommt es immer wieder vor, dass EPU in Dienstnehmer „umgewandelt“ werden. Die Wirtschaftskammer hat durchgesetzt, dass die Beziehung und Anhörung der SVA der gewerblichen Wirtschaft ab 1.10.2012 zur Schlussbesprechung der Gebietskrankenkassen über den bis 31.12.2013 befristeten Zeitraum bis jedenfalls 30.6.2014 verlängert wird. Damit ist sichergestellt, dass auch weiterhin für mehr Rechtssicherheit für Selbstständige und ihre Auftraggeber gesorgt ist.

„Selbständig und sicher“ - Soziale Absicherung für UnternehmerInnen



Um die Vielzahl der Verbesserungen in der sozialen Absicherung Selbständiger in den letzten Jahren auf einen Blick darzustellen, wurden in Kooperation mit den Abteilungen Marketing und Junge Wirtschaft des Hauses zwei Broschüren und vier Videos erstellt. Ausführlichere und weiterführende Informationen zu den in den Foldern dargestellten Themen und Erfolgen der sozialen Absicherung gibt es zudem auf einer eigens neu eingerichteten Homepage (wko.at/selbstaendigundsicher).

Veranstaltungen

- 18.10.2013 - Gewinnmesse „Arbeiten bis zum Umfallen? Alternativen zur Pensionssicherung“
Im Rahmen der Gewinn-Messe diskutierten Bundesminister Rudolf Hundstorfer, Dr. Andreas Khol, Mag. Peter McDonald sowie Dr. Martin Gleitsmann zur aktuellen Situation des österreichischen Pensionssystems. Bei der durchaus kontroversiell geführten Diskussion plädierten Hundstorfer und Khol dafür, die in den vergangenen Jahren durchgeführten Reformen zunächst wirken zu lassen. McDonald und Gleitsmann anerkannten die jüngsten Reformbemühungen, forderten jedoch weitere strukturelle Reformen ein, um die gesetzliche Pensionsversicherung generationengerecht auszugestalten und nachhaltig finanzieren zu können.
- 24.10.2013 - Wirtschaftspolitische Gespräche „5 vor 12 im Pensionssystem“
Unter der Leitung von Dr. Martin Gleitsmann, diskutierten zum österreichischen Pensionssystem der frühere Wirtschaftsminister und Vorsitzende der nach ihm benannten Kommission Prof. Bert Rürup, der Direktor des IHS Prof. Christian Keuschnigg, sowie Mag. Josef Bauernberger, Abteilungsleiter im BMASK. Zur Diskussion standen Fragen wie, soll das Pensionsantrittsalter an die steigende Lebenserwartung gekoppelt werden oder wie schnell ist das Frauenpensionsalter an das der Männer anzugleichen?
- 21.11.2013 - WKÖ-Stammtisch „Unternehmer oder Arbeitnehmer - das ist hier die Frage: Das Dilemma der Abgrenzung“
Univ.-Prof. Franz Marhold diskutierte mit Vertretern von Wirtschaft und Wissenschaft die Problematik der Abgrenzung von Selbständigen und Unselbständigen im Arbeits-, Sozial- und Steuerrecht. Dabei wurden Fragen wie, warum ist mehr Rechtssicherheit bei der Abgrenzung wünschenswert und wie kann mehr Rechtssicherheit erreicht werden, erörtert.



Publikationen

- Gleitsmann/Kircher/Rosenmayr-Khoshideh*, Reform der Invaliditätspension - Sozialrechtsänderungsgesetz 2012, in Aschauer/Kohlbacher (Hrsg), Jahrbuch Sozialversicherungsrecht 2013.
- Rosenmayr-Khoshideh/Zimmerer*, Beitragsbezogene Pensionskonten -NDC, ZAS 5/2013
- Koch*, Checkliste: Rechtsfolgen einer nachträglichen Umstufung von Selbständigen und freien DN, ZAS 3/2013
- Koch*, Entscheidungsbaum SRÄG 2012, ZAS 5/2013
- Koch*, Das System der Pensionsanpassung, Soziale Sicherheit 10/2013

Gesundheit

Referenten: Dr. Wolfgang Königshofer, Mag. Claudia Janecek, Dr. Dietmar Schuster MBA, Mag. Martin Kircher

12

Tabakrecht

Der von der Europ. Kommission noch im Dezember 2012 vorgelegte Vorschlag für eine „Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Herstellung, die Aufmachung und den Verkauf von Tabakerzeugnissen und verwandten Erzeugnissen“ wurde im vergangenen Jahr intensiv sowohl auf Ebene des Rates als auch des Europ. Parlaments beraten. Im Rahmen eines Konsultationsverfahrens sind ungefähr 85.000 Stellungnahmen bei der Europ. Kommission eingelangt. Die WKÖ hat zu den zur Diskussion gestellten Maßnahmen ein Positionspapier erstellt, das die Grundlage für weitere Aktivitäten der WKÖ bildete.

Noch vor Jahresende konnte zum Kommissionsvorschlag eine informelle Einigung im Trilog erzielt werden. Formell wird dieses Rechtsetzungsverfahren erst 2014 abgeschlossen werden.

Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Mit 1. Jänner 2014 wurde u.a. die Unabhängige Heilmittelkommission (UHK) aufgelöst.

Seit 1. Jänner 2014 hat das Bundesverwaltungsgericht (BVwG) über Beschwerden vertriebsberechtigter Unternehmen gegen Entscheidungen des Hauptverbandes im Zusammenhang mit der Erstellung des Erstattungskodex zu entscheiden.

Die Bestellung der fachkundigen Laienrichter/Laienrichterinnen sowie ihrer Stellvertreter/Stellvertreterinnen erfolgt durch den Bundeskanzler auf Grund von Vorschlägen der Bundesarbeitskammer und der Wirtschaftskammer Österreich.

Anlässlich der durch die Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit notwendig gewordenen Änderungen wurden weitere Änderungen im ASVG vorgenommen, die die Verfahren vor dem Hauptverband im Zusammenhang mit dem Erstattungskodex betreffen. Das bedeutet nunmehr zweifelsfrei, dass auch der Hauptverband der österr. Sozialversicherungsträger in Verfahren im Zusammenhang mit dem Erstattungskodex (uneingeschränkt) das AVG anzuwenden hätte.

Dies wurde vom Hauptverband vehement abgelehnt. In langen und mühevollen Verhandlungen zwischen Vertretern des Gesundheitsministeriums, des Hauptverbandes und der WKÖ wurde schließlich ein Kompromiss erzielt. So sieht die oben erwähnte Novelle zum ASVG etwa Abweichungen von den Bestimmungen des AVG über die Akteneinsicht, die Wiederaufnahme des Verfahrens und die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand vor.

Lebensmittelsicherheit

Von den zahlreichen Inhalten möchten wir gerne folgende Themen, auf die wir 2013 besonderes Gewicht legten, hervorheben:

Lebensmittelkennzeichnung - Allergeninformation

Die EU-VO über die Information der Verbraucher über Lebensmittel sieht auch bei unverpackten Lebensmitteln vor, dass die VerbraucherInnen über allergene Stoffe informiert werden. Da die Mitgliedstaaten durch Verordnung die Art und Weise der Information über Allergene innerstaatlich regeln können, haben wir in zahlreichen Verhandlungen mit dem BMG unter Einbindung aller betroffenen Verkehrskreise über die Möglichkeiten der Umsetzung diskutiert, wobei die Praktikabilität für die Betriebe immer vorrangig war. Die wesentlichen Eckpunkte unserer Vereinbarung mit dem BMG sind im Sinne der EU-VO die verpflichtende Weitergabe der

Allergeninformation, die Dokumentation der Informationen sowie die Personalschulung. Entscheidend ist hierbei, dass nach aktuellem Stand eine mündliche Information ausreichend sein wird.

EU-VO über die amtliche Kontrolle entlang der Lebensmittelkette

Die EK hat Anfang Mai 2013 einen Vorschlag zur Neuregelung der amtlichen Kontrollen entlang der gesamten Lebensmittelkette vorgelegt. Da insbesondere zwei Neuregelungen die Unternehmen sehr belasten würden, nämlich die Finanzierung der amtlichen Kontrollen durch kostendeckende Gebühren der Betriebe sowie eine weitgehende Transparenz über die Ergebnisse der amtlichen Kontrollen, haben wir diesen Verordnungsvorschlag mit unseren Stellungnahmen und in Koordinierungssitzungen mit dem BMG intensiv begleitet.

Gebühren für die Schlachttier- und Fleischuntersuchung

Mit einer Verordnung nach dem Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz sollte eine massive Erhöhung der Kontrollgebühren für die Beschau umgesetzt werden. Diese zusätzliche Belastung der Fleischwirtschaft konnten wir 2013 verhindern. Wir sind wie bisher dafür eingetreten, durch strukturelle Reformen bei der Kontrolle von Lebensmitteln entlang der Kette, insgesamt bei Kostenneutralität, Lebensmittelsicherheit auf höchstem Niveau zu gewährleisten ohne zusätzliche Belastungen der Unternehmen herbeizuführen.

Gesundheitsreform

Die WKÖ hat die seit längerem laufenden Verhandlungen stets verfolgt und begleitet und sich für grundsätzliche Reformen im Gesundheitsbereich eingesetzt. Mit der Einigung zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherung ist es nunmehr gelungen, einen wesentlichen Beitrag zur Effizienzsteigerung im Gesundheitswesen zu schaffen. Durch eine bessere Abstimmung des niedergelassenen Bereichs und des stationären Bereichs soll es zu deutlichen Kosteneinsparungen bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der hohen Qualität im Gesundheitswesen kommen. Auch die Finanzierung und die Versorgung des Gesundheitswesens werden auf neue Beine gestellt. Hinkünftig werden Bund, Länder und Sozialversicherung den Gesundheitsbereich gemeinsam planen und steuern. Weitere wesentliche Punkte der Gesundheitsreform sind der Ausbau von Transparenz und die Festlegung einheitlicher Qualitätskriterien sowie eine finanzielle Stärkung und der Ausbau von Präventionsmaßnahmen und Gesundheitsförderung. Damit kommt es zu einem Paradigmenwechsel im österreichischen Gesundheitswesen weg von einrichtungsbezogener Finanzierung hin zur Patientenorientierung.

Das Gesundheitsreformgesetz trat rückwirkend mit 1. Jänner 2013 in Kraft. Im Juni 2013 wurden der für die Umsetzung der Gesundheitsreform notwendige Bundes-Zielsteuerungsvertrag und das dazugehörige Bundes-Jahresarbeitsprogramm abgeschlossen. In weiterer Folge wurden auch die meisten Landes-Zielsteuerungsverträge abgeschlossen.

Bemerkenswert und sehr erfreulich ist, dass laut einer im Februar 2013 präsentierten Umfrage von oekonsult und der Niederösterreichischen Patientenrechtsanwaltschaft 71 Prozent der ÖsterreicherInnen der Gesundheitsreform positiv gegenüberstehen. Als wichtig werden die Stärkung des ambulanten Bereichs und der Landärzte, schlankere Krankenkassen-Verwaltung sowie mehr Präventionsprogramme erachtet. Für 87 Prozent ist es wichtig, die Reform so schnell als möglich umzusetzen.

Elektronische Gesundheitsakte (ELGA)

Der Elektronische Gesundheitsakt ist essentiell für die beschlossene große Gesundheits- und Spitalsreform. Nur durch ELGA kann endlich Transparenz im Gesundheitssystem entstehen. Weiters stärkt ELGA den Wirtschaftsstandort Österreich. Für e-Health Betriebe bieten sich große Marktchancen, da für ELGA eine spezielle Software zu Verfügung stehen muss, zusätzlich bedarf es diverser technischer Implementierungsleistungen und Services. Schließlich forciert ELGA auch den Forschungsstandort Österreich.

Mit 1.1.2014 tritt die ELGA-Verordnung (ELGA-VO) in Kraft, welche die Implementierung von ELGA regelt. Die zentralen Inhalte befassen sich mit Maßnahmen zur Definition der technischen Standards für ELGA-Gesundheitsdaten, der Definition der nicht verschreibungspflichtigen, wechselwirkungsrelevanten Arzneimittel, der Festlegung einer Widerspruchsstelle, der Einrichtung eines Service-Centers, der Festlegung einer ELGA-Ombudsstelle sowie von Betreiberfestlegungen.

Gesundheitstelematik-Verordnung 2013

Diese Verordnung hat die Bereitstellung von Grundlagen für das Berechtigungsmanagement im Gesundheitswesen, eine Verbesserung der Vertraulichkeit von Gesundheitsdaten und die Fortführung des Ausbaus der nationalen eHealth-Infrastruktur zum Ziel.

Verlängerung des Pflegefonds bis 2016

Mit der Änderung des Pflegefondsgesetz wurde die Verlängerung des Pflegefonds bis 2016 beschlossen. Für den Zeitraum von 2011 bis 2014 sind bisher 685 Mio. Euro vorgesehen. Für die Jahre 2015 und 2016 werden Länder und Gemeinden zusätzlich 650 Mio. Euro bereitstellen.

14

Änderung der Mutter-Kind-Pass Verordnung

Künftig haben Schwangere die Möglichkeit in der 18. Bis 22. Schwangerschaftswoche eine einstündige Beratung durch eine Hebamme in Anspruch zu nehmen. Das Gespräch ist auf freiwilliger Basis. Finanziert wird diese Zusatzleistung zu zwei Dritteln aus dem Familienlastenausgleichsfonds und zu einem Drittel von den Krankenversicherungen.

Projekte

Plattform Gesundheitswirtschaft



Wir machen Gesundheit
PLATTFORM GESUNDHEITSWIRTSCHAFT ÖSTERREICH

Die Gesundheitswirtschaft wächst und bringt damit neue Chancen für Innovationen, Beschäftigung und Wohlstand. Die Wirtschaftskammer Österreich hat die „Plattform Gesundheitswirtschaft Österreich“ ins Leben gerufen, um diese Entwicklung zu unterstützen. Dabei sollen alle Gesundheitsbranchen der Wirtschaftskammer, aber auch externe Teilnehmer wie Apotheker, Ärzte etc. erfasst werden. Ziel der Plattform ist es, Österreich für den Megatrend Gesundheit fit zu machen und als DAS Gesundheitsland in Europa zu etablieren.

Betreut von der Abteilung der Sozialpolitik hat die Plattform 2013 zahlreiche Aktivitäten gesetzt - Veranstaltungen, Pressekonferenzen, Publikationen, etc.



6.3.2013 - 5. Österreichischer Gesundheitswirtschaftskongress, Wien und Preisverleihung Health Research Award 2013



10.12.2013 - Präsentation Jahrbuch „Gesundheitspolitik und -wirtschaft in Österreich 2013“

1.7.2013 - Kaminesgespräch zur Präsentation der Studie „Reinvestment in Health“

19.8.2013 - Forum Alpbach 2013; Fopi-Talk „Die Zukunft der Gesundheitsreform 2013 - 2018 Anforderungen für eine erfolgreiche Umsetzung“

24.9.2013 - Kaminesgespräch "Die Sozial- und Gesundheitspolitik für die nächste Legislaturperiode"



Profitness Austria



Die Wirtschaftskammer Österreich hat die Initiative „proFITNESS: Gesunde Mitarbeiter- Gesundes Unternehmen“ ins Leben gerufen, um KMU auf ihrem Weg zu einem gesünderen Unternehmen nachhaltig zu

unterstützen. ProFITNESS soll ein Dach über alle schon derzeit bestehenden Initiativen und Maßnahmen in der betrieblichen Gesundheitsförderung bilden. Sozialversicherungen, Sportvereine und sonstige Anbieter werden aktiv eingebunden.

Kernstück ist die Plattform www.profitnessaustria.at. Die Webseite enthält alle Informationen rund um BGF sowie einen Marktplatz, auf dem Gesundheitsanbieter ihre Dienstleistungen präsentieren. Der Folder dazu wurde neu überarbeitet.



Fehlzeitenreport 2013

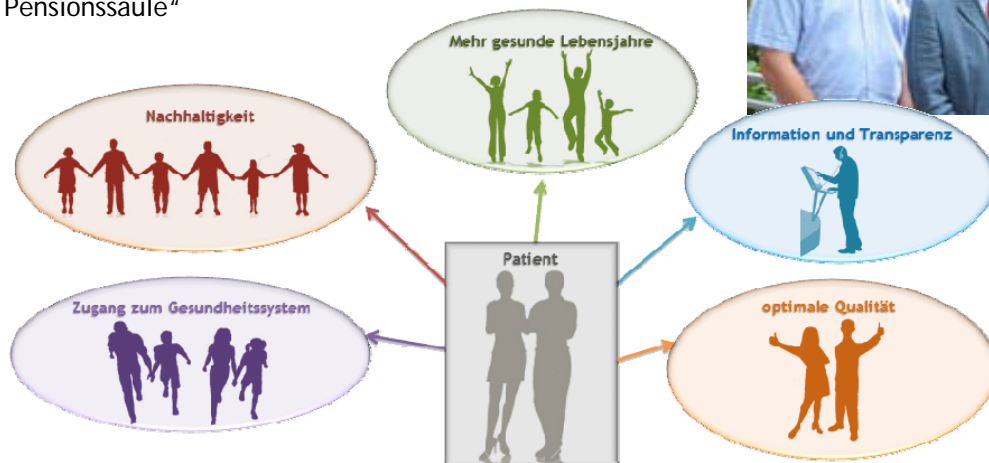
Der Fehlzeitenreport wird jährlich vom WIFO im Auftrag und unter Mitarbeit von Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Wirtschaftskammer Österreich, Bundesarbeitskammer, Allgemeine Unfallversicherungsanstalt und Pensionsversicherungsanstalt erstellt. Der 119 Seiten umfassende Fehlzeitenreport 2013 behandelt als Schwerpunkt den (flexiblen) Wiedereinstieg in die Arbeit nach einem Krankenstand. Es werden Strategien zur Förderung der Rückkehr an den Arbeitsplatz aufgezeigt und bereits existierende und gut funktionierende internationale Teilarbeitsfähigkeits- und Teilkrankenstandsmodelle vorgestellt. Die erforschten Ergebnisse sollen zusätzliche Ansatzpunkte für Lösungen in Österreich bieten, um eine flexible Wiedereingliederung ins Erwerbsleben zu ermöglichen.

Weitere Aktivitäten

Pressekonferenzen

13.8.2013 - „Gesundheit 2020 - Patienten im Mittelpunkt!“

12.11.2013 - PK zur Studie „Zweite und dritte Pensionssäule“



Veranstaltungen

19.3.2013 - MEDICA Club Austria

11.-12.6.2013 - Forum Spital 2013

25.9.2013- 53. Gesundheitspolitisches Forum „Migration und Gesundheit - Wie kann Österreich besser werden?“

Publikationen

WIFO / Leoni, Fehlzeitenreport 2013 (Mitarbeit Schuster)

Baumgartner-Reitz / Waltner / Windisch / Schuster, Jahrbuch „Gesundheitspolitik und Gesundheitswirtschaft in Österreich“ 2013 (Hg. sanofi-aventis GmbH)

Europäische Sozialpolitik

Referentin: Mag. Christa Schweng



16

Die Wirtschaftskammer Österreich ist über die Abteilung für Sozialpolitik im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) vertreten, der die europäischen Institutionen berät. Als Mitglied im EWSA wird auch der Vorsitz der Beobachtungsstelle Arbeitsmarkt des EWSA, sowie die Mitgliedschaft im Vorstand der Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen und Unionsbürgerschaft wahrgenommen.

Ebenso vertreten ist die WKÖ in Verwaltungsrat und Vorstand der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz in Bilbao. Die WKÖ-Vertreterin ist in diesen Gremien die Sprecherin der Arbeitgeber und von März 2013- März 2014 Vorsitzende.

Frauenquoten in Aufsichtsräten

Nach einer öffentlichen Konsultation hat die Europäische Kommission ihren Richtlinien-Vorschlag für eine ausgewogenere Vertretung von Frauen und Männern in börsennotierten Gesellschaften vorgelegt. Damit soll bis 2020 ein 40 %-iger Frauenanteil in Aufsichtsräten von Gesellschaften mit mehr als 250 Arbeitnehmern erreicht werden. Abgesehen davon, dass solche Bestimmungen einen direkten Eingriff in die Aktionärsdemokratie, die Vertragsfreiheit und das geschützte Eigentumsrecht von Unternehmen darstellen, sind insbesondere die vorgesehenen Sanktionen bei Nichterreichung der Quote inakzeptabel: der nicht „richtig“ zusammengesetzte Aufsichtsrat müsste rückwirkend aufgelöst werden, was automatisch auch die von diesem getroffenen Entscheidungen, die für Unternehmen richtungsweisend sind, betreffen würde. Die WKÖ hat sich im Begutachtungsverfahren daher massiv gegen diesen Vorschlag ausgesprochen und wird auch das weitere Verfahren in Rat und EP entsprechend begleiten.

Entsende-RL - Durchsetzung

Neben einer besseren Verwaltungszusammenarbeit sieht dieser Richtlinienvorschlag auch eine gesamtschuldnerische Auftraggeberhaftung für Löhne, Sozialversicherungsbeiträge und Steuern für den Baubereich vor. Die WKÖ hat sich grundsätzlich positiv zur Verwaltungszusammenarbeit ausgesprochen, steht einer Ausweitung der Auftraggeberhaftung auf Löhne sehr negativ gegenüber, da dies massive Zusatzbelastungen für Unternehmen bedeuten würde. Für die Haftung für Sozialversicherungsbeiträge und Steuern müsste sichergestellt werden, dass das österreichische System der Haftungsbefreiungen (HFU-Liste!) auch im Sinne der Richtlinie haftungsbefreiend wirkt.

Übergang von Betriebspensionen

Dieses seit 2005 schwebende Dossier wurde Ende 2013 inhaltlich zum Abschluss gebracht. Der von der WKÖ von Beginn weg kritisierte Eingriff in die zweite Pensionssäule hat leider stattgefunden, indem die maximale Frist für Warte- und Unverfallbarkeitsfristen mit 3 Jahren festgelegt wurde. Ein wenig entschärft wird dieser Eingriff dadurch, dass die RL nur für Arbeitnehmer gilt, die zwischen den Mitgliedstaaten zu- und abwandern und dass Beschäftigungszeiten erst ab dem Zeitpunkt der Umsetzung (voraussichtlich Frühjahr 2018) herangezogen werden. Der Ausschluss von Pensionssystemen mit direkter Leistungszusage konnte nicht erreicht werden.

Neben den oben genannten Richtlinienvorschlägen waren auch die Themen

- Sozialinvestitionen;
- Aufenthaltsrecht von drittstaatsangehörigen Forschern und Studenten
- Anpassung einzelner Arbeitnehmerschutzrichtlinien an die CLP-Verordnung
- Maßnahmen zur Erleichterung der Ausübung der Rechte, die Arbeitnehmern im Rahmen der Freizügigkeit zustehen
- Konsultation über die künftige Strategie für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz
- Soziale Dimension der WWU
- Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis für drittstaatsangehörige Saisonarbeitskräfte
- Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis für drittstaatsangehörige innerbetrieblich Entsandte
- Schutz der Arbeitnehmer vor elektromagnetischen Feldern sowie die
- Konsultation über mögliche künftige EU-Maßnahmen zur Prävention von Schwarzarbeit

Schwerpunkte der Tätigkeit.

Weitere Aktivitäten

Rundbrief der Abteilung und Presseaussendungen

Rundbrief SPIK (unter <http://wko.at/sp>). Im Jahr 2013 wurden 13 SPIK-Ausgaben erstellt und versandt.

Von der Abteilung gingen 2013 49 Presseaussendungen aus.

Betreute Webseiten

Abteilung für Sozialpolitik und Gesundheit <http://wko.at/sp>

Mentoring für MigrantInnen <http://wko.at/mentoring>

Migration und Integration <http://wko.at/migration>

Plattform Gesundheitswirtschaft www.wirmachengesundheit.at

Profitfitness www.profitnessaustria.at

Selbständig und sicher <http://wko.at/selbstaendigundsicher>

Mitbetreute Webseiten

www.eval.at (Informationen, Tipps, Checklisten zum Arbeitnehmerschutz)

www.arbeitundalter.at

www.arbeitundbehinderung.at

Fortbildungs- und Netzwerkaktivitäten

Jänner 2013: Teamklausur der Abteilung Sozialpolitik und Gesundheit in der Therme Stegersbach.

Juni 2013 und Dezember

2013: Treffen mit
Netzwerkpartnern aus
anderen

Interessensvertretungen,
Sozialversicherungsträgern,
Ministerien und der
Privatwirtschaft zum
Volleyballspiel und
gemeinsamen Kochen.



Oktober 2013: Fortbildungstagung in Brüssel. Das EU-Büro der WKÖ empfing rund 60 Sp-ReferentInnen aus ganz Österreich und organisierte ein abwechslungsreiches Programm bei dem die ReferentInnen mit EU-Abläufen vertraut gemacht wurden, sozialpolitische Vorträge und Diskussionen veranstaltet wurden und auch der Netzwerkgedanke nicht zu kurz kam. So kam es u.a. zu einem Treffen mit dem österreichischen EU-Kommissar Dr. Johannes Hahn, dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments Dr. Othmar Karas und dem Abgeordneten zum Europäischen Parlament Heinz K. Becker. Weiters standen Gespräche mit Vertretern der EU-Kommission, des EU-Rates und der europäischen Sozialpartner am Programm. Zum Abschluss gab es noch einen Besuch im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss.



Die Abteilung für Sozialpolitik und Gesundheit

18

 <p>Dr. Martin Gleitsmann Abteilungsleiter</p>	 <p>Mag. Dr. Rolf Gleißner Abteilungsleiter-Stellvertreter Arbeitsrecht: Arbeitsverfassung, Arbeitszeit; AUVA; Infobrief SPIK</p>
 <p>Mag. Christa Schweng EU-Sozialpolitik, EWSA, Koordination</p>	 <p>Dr. Martina Rosenmayr-Khoshideh Sozialversicherung (PV, Versicherungs-, Melde- u. Beitragsrecht), Vereinbarkeit Familie & Beruf, Wirtschaft & Wissenschaft</p>
 <p>Mag. Martin Kircher Sozialversicherungsrecht (PV) und Krankenanstaltenrecht; Dienstgebervertreter der SV; Gesundheit</p>	 <p>Dr. Klaus Kapuy Sozialversicherung (KV, Versicherungs-, Melde- u. Beitragsrecht), Wirtschaft & Wissenschaft</p>
 <p>Mag. Anna Katharina Huber Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, AMS-Strategie</p>	 <p>Mag. Gabriele Straßegger Arbeitsmarkt- und Beschäftigungs- politik, Arbeitsmarktförderung, Ältere Arbeitnehmer, Armut - Mindestsicherung</p>
 <p>Mag. Maria Kaun Ältere Arbeitnehmer</p>	 <p>Mag. Margit Kreuzhuber Beauftragte für Migration u. Integration, Ausländerbeschäftigung, Fachkräftemangel</p>
 <p>Dr. Dietmar Schuster, MBA Gesundheitspolitik, -wirtschaft, BGF (ProFitness), Gesundheitsberufe, Pensionskassen, Junge Sozialpartner, Krankenanstaltenrecht, Pflege</p>	 <p>Mag. Julia Hasenöhrl Migration u. Integration, Ausländerbeschäftigung, Fachkräftemangel, Migration u. Gesundheit</p>
 <p>Mag. Pia-Maria Rosner-Scheibengraf Arbeitnehmerschutz und Behindertenpolitik</p>	 <p>Dr. Ingomar Stupar Gleichbehandlungsrecht, Individualarbeitsrecht, Vereinbarkeit Familie & Beruf</p>
 <p>Mag. Claudia Janecek Lebensmittel-, Futtermittel- und Veterinärrecht</p>	 <p>DDr. Wolfgang Königshofer Arzneimittel-, Medizinprodukte- und Lebensmittelrecht, Zivildienst</p>
 <p>Mag. Ursula Koch Praktikantin Sozialversicherung</p>	

Redaktion Jahresbericht: Dr. Klaus Kapuy